

Martin Korol, BIW: Einige Anmerkungen zum PUA TEN. Bremische Bürgerschaft. Sondersitzung. 01.7.2014

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren!

Wir BÜRGER IN WUT fordern an der Seite der CDU die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Teilersatzneubau am Klinikum Bremen-Mitte. Das ist aus unserer Sicht auch dringend erforderlich. Dort zeichnet sich ein Fiasko in Höhe von Millionenfiasko von Euro ab, das im Extremfall sogar die Einhaltung der verfassungsrechtlich vorgegebenen Sparziele in Bremen gefährden kann.

Der Kollege Röwekamp hat das soeben ausführlich dargelegt.

(Abg. Rupp [die Linke]: Hat er nicht!)

Unterhält man sich mit Bremerinnen und Bremern über das Thema „Klinikum-Mitte“, winken die meisten von ihnen ab. Einer fragt mich: „Wovon reden Sie? Vom Keim-Skandal 2012? Von der Verwaltungsgesellschaft „Gesundheit Nord Klinikverbund Bremen“, kurz „GeNo“ genannt? Von der drohenden Pleite der vier kommunalen Krankenhäuser Bremens? Vom Neubau im Klinikum Bremen-Mitte? Ich blicke da nicht mehr durch!“

Ich bin gespannt darauf, das zu hören, aber wer blickt denn im Moment durch dieses Bremer Krankenhauswesen noch durch? Wer hat denn da was zu sagen?

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie ganz bestimmt nicht!)

Der einzurichtende Parlamentarische Untersuchungsausschuss, kurz als PUA bezeichnet, müsste sich auf das Desaster im Teilersatzneubau am Klinikum Bremen-Mitte zu konzentrieren, häufig kurz als TEN bezeichnet.

Dieser Parlamentarische Untersuchungsausschuss zum TEN müsste etwa folgenden Fragen nachgehen:

Wie konnte es zu diesem, von Herrn Röwekamp beschriebenen, Desaster am TEN betreffend

- Kostensteigerungen,
- Bauzeitverzögerungen,
- Planungsfehlern und
- Baumängeln

kommen?

Wer trägt jeweils dafür die Verantwortung?

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Fortführung des TEN und für die Planung und Erstellung künftiger Projekte dieser Größenordnung in Bremen?

Antworten auf diese Fragen zu finden, wird nicht einfach sein.

Beschäftigt man sich mit den immer zahlreicher werdenden Medienberichten zum Bremer Klinikneubau, dann fühlt man sich teilweise an das Pannenprojekt Hauptstadtflughafen BER in Berlin und die ebenso schier unendliche Geschichte der Hamburger Elbphilharmonie erinnert. Mit dem TEN Klinikum-Mitte drohen nach dem Hafentunnel in Bremerhaven die Kosten nun schon bei einem zweiten Großprojekt im kleinen Land Bremen völlig aus dem Ruder zu laufen.

Die Bremerinnen und Bremer erwarten mit Recht, dass der Sachverhalt lückenlos aufgeklärt und darauf aufbauend Lösungen gefunden werden, um den Schaden für das Land Bremen und für die Steuerzahler in Grenzen zu halten.

Zu den Fakten: Der 2011 begonnene TEN sollte ursprünglich schon in diesem Jahr in Betrieb genommen werden. Nach dem aktuellen Stand der Dinge ist mit einer Fertigstellung jedoch erst im Jahre 2017 zu rechnen, wobei auch dieser Termin von Experten schon wieder in Frage gestellt wird.

Die Kosten wurden in der Planungsphase auf 230 Millionen Euro veranschlagt. Jetzt werden sie auf 265 Millionen Euro geschätzt, das ist ein Plus von 15 Prozent. Seit April rechnet man mit einem weiteren Kostenaufschlag von 16 Millionen Euro.

Doch dabei dürfte es nicht bleiben. Denn wegen der Terminverschleppungen werden die an dem Projekt beteiligten Bauunternehmen möglicherweise Regressansprüche in Millionenhöhe geltend machen. Am Ende kann Bremen froh sein, wenn der Bau nicht teurer als 300 Millionen Euro wird. Es werden eher mehr werden. Dafür sprechen die Erfahrungen mit dem erwähnten Hauptstadtflughafen, mit der Elbphilharmonie, und dafür spricht das vor einigen Monaten vorgelegte Gutachten eines unabhängigen Bausachverständigen zum TEN, von dem der Kollege Röwekamp sprach.

Da ist von „Schäden in kaum vorstellbaren Dimensionen“ und von „gravierenden Überschreitungen der Baukosten und der Bauzeiten“ die Rede. Das Papier empfiehlt sogar den teilweisen Abriss des Neubaus, weil infolge von ständigem Wassereintritt Schimmelbefall in Dämmstoffen und auf Gipskartonplatten zu befürchten sei. An dieser Stelle muss daran erinnert werden, dass es sich beim TEN um einen Krankenhausanbau handelt, in dem Patienten untergebracht werden sollen.

Sollte es tatsächlich zu diesem Worst Case kommen, dann wären auch Kosten von 400 Millionen Euro schnell erreicht. Eine ungeheure Summe für das hochverschuldete Land Bremen.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie ganz bestimmt nicht!)

400 Millionen Euro entsprächen in etwa dem Betrag, den Bremen jährlich insgesamt für Investitionen aufwendet. Zum Vergleich noch drei weitere Zahlen: 500 Millionen Euro, 660 Millionen Euro, 500.000 Euro.

Erstens, die Gesellschaft „Gesundheit Nord“, GeNo, leitet die vier kommunalen Kliniken Bremens, so auch das Krankenhaus Bremen-Mitte. Sie hatte 2012 einen Umsatz von 500 Millionen Euro. Zweitens, im Januar 2014 stellte der Landesrechnungshof fest, dass die vier kommunalen Kliniken in Bremen, wenn sie weiter so wirtschaften wie bisher, bis zum Jahr 2033 ein Gesamtdefizit von rund 660 Millionen Euro hätten. Die Pleite drohe. Und diese trage dann der Steuerzahler. Drittens, vor 14 Tagen stritten wir in diesem Hohen Haus wie die Kesselflicker darum, ob die Zuschüsse für Schulen in privater Trägerschaft um 500.000 Euro gekürzt werden sollten oder nicht. Sie wurden gekürzt. Eine Summe, die aus heutiger Sicht geradezu läppisch wirkt.

Angesichts dieser Risiken stellt sich die Frage, wie unsere Finanzsenatorin Frau Linnert noch die Vorgaben der ab 2020 geltenden Schuldenbremse einhalten will und kann. Überhaupt wird die Rolle des Finanzressorts in Sachen TEN im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu beleuchten sein. Ebenso die des Senators für Gesundheit, der ja zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrates der GeNo ist.

Es ist höchste Zeit, Licht ins Dunkel dieses chaotisch verlaufenen Bauprojektes zu bringen.

Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern schuldig – nicht nur denen in Bremen, sondern denen in ganz Deutschland –, schließlich finanziert sich das Land in einem nicht unerheblichen Umfang aus Zuwendungen aus dem Länderfinanzausgleich sowie des Bundes.

Ziel des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses muss es sein, die Fehler der Vergangenheit aufzuarbeiten und so die Grundlage zu schaffen, um das Projekt wieder auf den richtigen Kurs und schließlich zu einem guten Abschluss zu bringen.

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss sollte sich noch vor der Sommerpause konstituieren und Beweisbeschlüsse fassen, damit er seine Arbeit nach den Parlamentsferien zügig aufnehmen und möglichst rasch zu Ergebnissen kommen kann, um weiteren Schaden sowohl vom Klinikum

Bremen-Mitte als auch von Bremen abzuwenden. Ich möchte deshalb die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft bitten, unserem gemeinsamen Antrag mit der CDU zuzustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der BIW und bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe, Fraktion der SPD.

+++